

Bankenbrief - Ausgabe 2021-103

Das Thema

Internationale Bedeutung des Euro leicht gesunken

Die europäische Gemeinschaftswährung hat auch in der Corona-Krise ihren Platz als zweitwichtigste Währung hinter dem US-Dollar verteidigt. Das geht aus dem heute veröffentlichten 20. Bericht über die internationale Rolle des Euro durch die Europäische Zentralbank (EZB) hervor. Demnach hatte der Euro im vergangenen Jahr einen Anteil von rund 19 Prozent an der weltweiten Währungsnutzung. Wechselkursbereinigt ging er 2020 um 0,3 Prozentpunkte zurück. "Die Marktteilnehmer haben sich nicht vom Euro abgewendet, sie haben sich nur stärker dem Dollar zugewendet, was für Krisen typisch ist", sagte EZB-Direktor Fabio Panetta bei der Vorstellung des Berichts. Anders als etwa in der Eurokrise habe es aber in dieser Krise international keinen starken Rückschlag für den Euro gegeben. Auf die Frage, ob eine stärkere internationale Rolle des Euro ein Politikziel der EZB sei, antwortete Panetta: "Das ist sie nicht." Die Staats- und Regierungschefs der Euro-Länder hingegen hatten sich im Frühjahr für eine stärkere Rolle des Euro ausgesprochen. Ein Grund dafür war der Wunsch nach mehr strategischer Autonomie in Wirtschafts- und Finanzfragen. EZB-Präsidentin Christine Lagarde hob in dem Bericht hervor, dass der Euro im vergangenen Jahr immerhin mehr als 50 Prozent Anteil bei der Emission von sogenannten grünen Anleihen gehabt habe, einem kleinen, aber stark wachsenden Segment des internationalen Anleihemarktes. Panetta betonte zudem, dass auch die mögliche Einführung eines digitalen Euro dessen internationale Bedeutung verändern könne.

[faz.net]

[finanzen.net]

[bloomberg.com]

[miragenews.com]

[ecb.europa.eu] [Download EZB-Bericht](#)

Meldungen

Kreditvergabe: Künstliche Intelligenz kann Kundengruppen benachteiligen

Wenn lernende Computerprogramme mit mangelnden Informationen trainiert werden, können dadurch bestimmte Verbrauchergruppen benachteiligt werden. Zu diesem Schluss kommt eine Studie des Frankfurter Leibniz-Instituts für Finanzmarktforschung, über die heute berichtet wurde. Die Forscher werteten Daten von Experimenten mit 3.600 Teilnehmern aus. Dabei ging es um Entscheidungen zur Kreditvergabe mittels künstlicher Intelligenz (KI). Enthalten Datensätze zu wenige Informationen etwa über Frauen, könne das dazu führen, dass Kundinnen eine geringere Kreditwürdigkeit attestiert werde, hieß es.

[faz.net]

Deutsche Bank Schweiz setzt auf flexibles Arbeiten

Die mehr als 600 Mitarbeiter der Deutschen Bank in der Schweiz können grundsätzlich auch künftig vermehrt im Homeoffice arbeiten. Laut eines Medienberichts von heute gibt es allerdings gewisse Einschränkungen, wie beispielsweise die Zustimmung durch den Vorgesetzten. Bei länderübergreifender Tätigkeit ist Fernarbeit ohnehin nicht möglich.

[finews.ch]

Greensill-Fonds: Credit Suisse will wohl gegen SoftBank klagen

Die Schweizer Großbank Credit Suisse erwägt einem Medienbericht von heute zufolge, juristische Schritte gegen das japanische Unternehmen SoftBank einzuleiten. Bei der möglichen Klage geht es um Schulden von 440 Millionen US-Dollar (360 Millionen Euro), die das US-Unternehmen Kattera, bei dem SoftBank Hauptinvestor ist, bei den Greensill-Fonds des Geldhauses hat. Credit Suisse wollte sich nicht zu dem Bericht äußern.

[cash.ch]

EU-Schulden- und Defizitregeln bis 2023 ausgesetzt

EU-Kommissionsvize Valdis Dombrovskis hat heute bekanntgegeben, dass sich die Länder der Europäischen Union (EU) auch im kommenden Jahr nicht an die eigentlich geltenden Regeln für die Staatsverschuldung halten müssen. "Wir können bestätigen, dass die allgemeine Ausweichklausel 2022 aktiviert bleibt, aber nicht 2023", sagte Dombrovskis. Wichtig sei eine unterstützende Fiskalpolitik in diesem und im kommenden Jahr.

[boersennews.de]

Erzeugerpreise auf höchstem Stand seit 2008

Die Erzeugerpreise im Euroraum sind im April im Vergleich zum Vorjahresmonat um 7,6 Prozent gestiegen. Das teilte das europäische Statistikamt Eurostat heute in Luxemburg mit. Das ist der stärkste Zuwachs seit 2008. Analysten hatten im Mittel einen Anstieg um 7,5 Prozent erwartet. Die Erzeugerpreise fließen teilweise und zeitverzögert in die Verbraucherpreise ein, die die EZB als maßgeblich für ihre Geldpolitik ansieht.

[wallstreet-online.de]

China und USA reden wieder miteinander

US-Finanzministerin Janet Yellen und der chinesische Vize-Ministerpräsident Liu He haben sich erstmals zu einem Gespräch getroffen. Wie heute berichtet wurde, sprachen die beiden per Video über die makroökonomische Situation sowie die bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit. Yellen habe gegenüber Liu betont, wie wichtig es sei, "Probleme offen anzusprechen".

[finanzen.net]

Die Köpfe

Scholz lobt EU-Einigung bei Steuertransparenz

Bundesfinanzminister Olaf Scholz hat das gestern ausgehandelte Country-by-Country-Reporting für Großunternehmen begrüßt. "Das ist ein Riesenschritt für mehr Steuergerechtigkeit", sagte er heute in Berlin. Am Abend zuvor

Bankenbrief

hatten sich Vertreter der EU-Staaten und des Europaparlaments darauf geeinigt, dass große Konzerne künftig öffentlich machen müssen, wie viel Steuern sie in welchem Land zahlen. "Die neuen Regeln schaffen mehr Transparenz und verhindern, dass internationale Konzerne sich aus der Steuerpflicht herausmogeln", betonte Scholz.

[handelsblatt.com]

Regierung bestätigt Kandidatur Wintels für KfW-Posten

Die Bundesministerien für Finanzen und Wirtschaft haben heute gemeinsam bestätigt, dass Citigroup-Deutschlandchef Stefan Wintels an die Spitze der staatlichen Förderbank KfW rücken soll. Über diesen Plan war bereits gestern berichtet worden. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier nannte Wintels eine erfahrene Persönlichkeit mit internationalem Profil. Bundesfinanzminister Olaf Scholz sprach von einer Spitzenkraft: "Er ist eine Führungspersönlichkeit mit ausgezeichneter Reputation und er ist international bestens vernetzt." Ende Juni muss der KfW-Verwaltungsrat noch formal der Berufung zustimmen.

[de.marketscreener.com]

EZB-Ratsmitglied Knot: Wirtschaft erholt sich schnell

Klaas Knot, Chef der niederländischen Notenbank und Mitglied des EZB-Rats, hat sich ermutigend zu den Aussichten für die Wirtschaft geäußert. Die Notenbank sei durchweg positiv, was die Aussichten für die niederländische Wirtschaft angehe, sagte er heute in einem Parlamentsausschuss. "Und das trifft auch auf die europäische Wirtschaft zu und ebenso scheint sich die Weltwirtschaft schneller zu erholen, als wir das erwartet haben", sagte Knot.

[tagesschau.de] Corona-Live-Blog

Wirtschaftsweiser Wieland erwartet höhere Inflation

Der Ökonom Volker Wieland, Mitglied der Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Wirtschaftsweisen), erwartet aufgrund temporärer Effekte eine Inflationsrate über dem EZB-Zielwert von knapp unter 2 Prozent. "Allerdings können auch temporäre Effekte dauerhaft wirken, wenn die Geldpolitik zu lange so locker bleibt wie jetzt. Das kann Anlass zur Sorge geben", sagte er in einem heute veröffentlichten Interview.

[finanzen.net]

Füracker fordert höhere Zinsen von der EZB

Vor dem Hintergrund der stark gestiegenen Inflation in Deutschland hat Bayerns Finanzminister Albert Füracker sich für ein Ende der Nullzins-Politik der EZB ausgesprochen. "Deutschland ist Sparer-Land. Die jahrelange Nullzins-Politik der EZB ist Gift für klassische Sparverträge", sagte er in einem heute veröffentlichten Interview. "In Kombination mit der nun steigenden Inflation wird die Enteignung für Sparer immer spürbarer." Es sei jetzt allerhöchste Zeit, die Nullzins-Politik zu beenden.

[de.marketscreener.com]

Der Tweet des Tages

Neues Smartphone und keine Ahnung, wie du damit mobil bezahlen kannst? Auf dem alten Handy war das ja alles drauf... und jetzt? Wie leicht **#Online-Banking** und **#MobilePayment** auch auf dem neuen Gerät installiert sind, erklärt unsere Kollegin [@juliane_weiss](#)

[twitter.com]

Am Vortag meistgeklickt

Kukies: Finanzsystem hat sich in Krise gut bewährt

Die deutsche Finanzbranche ist robust durch die Corona-Krise gekommen und hat die Wirtschaft wirkungsvoll unterstützt. Das geht aus einem Bericht des Ausschusses für Finanzstabilität (AfS) hervor, der heute in Berlin veröffentlicht wurde. Anders als in der Finanzkrise seien die Banken dieses Mal "Teil der Lösung und nicht des Problems" gewesen, sagte Finanzstaatssekretär Jörg Kukies. Zwar hätten die Märkte zu Beginn der Pandemie im vergangenen Jahr zunächst sehr volatil reagiert, die Schwankungen seien jedoch schnell aufgefangen worden. Die Banken hätten genügend Puffer aufgebaut, die ihnen in der Krise Spielraum gaben. "Insgesamt hat sich das Finanzsystem gut

Bankenbrief

bewährt", sagte Kukies. Bundesbank-Vizepräsidentin Claudia Buch mahnte allerdings, es sei unsicher, ob Verluste im Unternehmenssektor wirklich vermieden oder nur aufgeschoben worden seien. Das könne dazu führen, dass immer mehr Kredite nicht bedient werden könnten. Insgesamt aber sei das Finanzsystem sehr viel widerstandsfähiger und mit mehr Eigenkapital in die Corona-Krise hineingekommen als in die Finanzkrise vor etwas mehr als zehn Jahren, sagte Buch. In dem AfS-Bericht hieß es: "Szenarioanalysen legen nahe, dass auch ein starker Anstieg der Insolvenzen im Unternehmenssektor und damit einhergehende Verluste und Wertberichtigungen für das deutsche Bankensystem verkräftbar sein dürften." Buch betonte, jetzt müssten die Banken ihre Kapitalpuffer wieder aufbauen und bald wieder vom Krisen- in den Präventionsmodus umschwenken. Der Ausschuss für Finanzstabilität ist beim Finanzministerium angesiedelt und analysiert Gefahren für die Märkte. Als Grundlage hierfür dienen Analysen der Deutschen Bundesbank. Das Gremium besteht aus Vertretern von Bundesbank, Finanzministerium und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin).

[finanzen.net]

[de.marketscreener.com]

[handelsblatt.com]

[afs-bund.de] [Download AfS-Bericht](#)

Was morgen wichtig wird

Die Deutsche Börse überprüft turnusgemäß die Zusammensetzung der Indizes Dax, MDax und SDax.

Der Nachschlag

Wenn Dienstreisen wieder zur Pflicht werden

Die Inzidenzen sinken, die Impfrate steigt. Können vor diesem Hintergrund Unternehmen ihre Mitarbeiter wieder zu Dienstreisen verpflichten? Laut Ines Keitel, Arbeitsrechtsexpertin der Wirtschaftskanzlei Clifford Chance, gilt hierzulande zunächst bis zum 30. Juni für Bürotätigkeiten, die von zu Hause

Bankenbrief

ausgeführt werden können, die Homeoffice-Pflicht. Grundsätzlich gilt: Nur aus zwingenden betriebsbedingten Gründen darf davon abgewichen werden. Was für vollständig geimpfte Mitarbeiter und Impfverweigerer gilt, lesen Sie hier:

[handelsblatt.com]